



Antrag Nr. 3

der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern] an die 157. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien.

Nein zum Fiskalpakt

Die hohen Staatsschulden sind nicht durch den Ausbau der Sozialsysteme, sondern durch die diversen Krisenkosten entstanden. Während zwischen 1970 und 2007 die Sozialausgaben um 7% des BIP wuchsen, wuchsen die Staatseinnahmen um 9%. Der Fiskalpakt erzwingt Defizitabbau unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung. Antizyklische Budgetpolitik wird damit unmöglich gemacht. Die EU kann zur langfristigen Sicherung von Pensions- und Gesundheitssystem Eingriffe im Leistungsrecht erzwingen, ebenso Lohnkürzungen zur „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“. Lohnsteigerungen dürfen dann nicht höher ausfallen als der Produktivitätszuwachs, Inflationsabgeltung ist nicht mehr vorgesehen. Dies ist ein Konzept europaweit sinkender Lohnstückkosten und sinkender Reallöhne.

Der Fiskalpakt ist inhaltlich „ein Mehr an Neoliberalismus“, aufgezwungen durch einen völkerrechtlichen Vertrag, bei dem es keine „Austrittsklausel“ gibt.

Der Fiskalpakt ist ein Pakt der ökonomischen Unvernunft und sozialen Kälte!

Es ist ein Pakt gegen die Interessen der ArbeitnehmerInnen!

Es ist ein Pakt gegen die sozialen Sicherungssysteme!

Es ist ein Pakt gegen die Demokratie!

Durch europaweite Schuldenbremsen lässt sich die Krise nicht lösen.

Lohnkürzungen, Sozialabbau, Deregulierung, Privatisierung und Austeritätspolitik führen nicht aus der Krise, sondern in die Rezession (siehe Griechenland)!

Der Fiskalpakt würde nur ein zusätzliches Problem mit verheerenden Folgen werden.

Daher beschließt die Vollversammlung der AK-Wien:

Der Fiskalpakt darf nicht realisiert werden. Alle Abgeordneten werden aufgefordert ihm die Zustimmung zu verweigern.